

## Dresden in Geiselhaft?

**Junge Welt 12.10.2011 Von Markus Bernhardt**

<http://www.jungewelt.de/2011/10-12/005.php?sstr=dresden>

*Sächsische FDP diffamiert Widerstand gegen rechts. Antifaschisten wollen drohenden Neonaziaufmarsch in Elbmotropole erneut verhindern*

Aller staatlichen Überwachungsmaßnahmen und Repression zum Trotz wollen Antifaschisten einen im kommenden Februar erneut drohenden Aufmarsch von Neonazis in Dresden wieder mit Massenblockaden stoppen. Die Rechten haben angekündigt, auch 2012 anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung Dresdens durch die Stadt zu marschieren und die Luftangriffe für ihre Propaganda über einen »Bombenholocaust« zu mißbrauchen.

Am vergangenen Wochenende fand in der Elbmetropole eine erste »Aktivierungskonferenz« des bundesweiten Bündnisses »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer« statt. Etwa 250 Teilnehmer diskutierten dort über Strategien zur neuerlichen Verhinderung des Aufmarsches der militanten Rechten. »In der Kampagne 2012 geht es nicht nur darum, den Nazis den Aufmarsch zu nehmen, sondern auch darum, den entgrenzten Verfolgungswahn der sächsischen Behörden in die Schranken zu weisen«, kündigte Henning Obens, Vertreter der Interventionistischen Linken (IL) an.

Bereits im Vorfeld der Konferenz, die an der Technischen Universität in Dresden stattfand, hatte die Bild-Zeitung eine Kampagne gegen einzelne Unterstützer von »Dresden nazifrei!« gestartet und diese als potentielle Gewalttäter und angebliche Linksextremisten verunglimpft (jW berichtete). Die Organisatoren sahen sich daher gezwungen, ein ursprünglich vorgesehenes Blockadetraining auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Einig waren sich die Teilnehmer darin, sich nicht von der sächsischen Polizei und Justiz einschüchtern zu lassen, sondern weiterhin offensiv und spektrenübergreifend zu Blockadeaktionen aufzurufen.

Benjamin Karabinski, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im sächsischen Landtag, feuerte indes direkt nach Ende des Treffens die Hetzkampagne gegen das bundesweite antifaschistische Bündnis weiter an. Die Ankündigung von »Dresden nazifrei!«, legale und ordnungsgemäß angemeldete Versammlungen durch rechtswidrige Blockaden zu verhindern, stelle einen »Aufruf zum Rechts- und letztlich zum Verfassungsbruch« dar, fabulierte der Innenpolitiker. Zudem warf er »den Akteuren, die hinter ›Dresden nazifrei‹ stecken«, vor, »weiter hemmungslos ihren Weg der Eskalation« zu beschreiten. Diese würden offenkundig schon jetzt in Kauf nehmen, daß »die Gewaltexzesse im kommenden Februar die vergangenen noch übertreffen« würden.

Karabinski warf den Nazigegnern zudem vor, »Dresden und die Dresdner in Geiselhaft für ihren ideologische Großkampftag im Februar« nehmen zu wollen. »Unter dem moralischen Deckmäntelchen des Antifaschismus nehmen aber auch Linkspartei, SPD und Grüne billigend in Kauf, daß Dresden zum Tummelplatz und Aufmarschgebiet gewaltbereiter Autonomer aus ganz Deutschland wird. Anders ist ihr gemeinsames Engagement unter anderem mit Extremisten und Spinnern von DKP, MLPD oder Antifa im sogenannten Bündnis ›Dresden nazifrei‹ nicht mehr zu erklären«, giftete der Landtagsabgeordnete in einer Erklärung weiter.

Matthias Langer, Pressesprecher von »Dresden nazifrei!« bezeichnete die Ausfälle des FDP-Abgeordneten am Dienstag im Gespräch mit junge Welt als »absurd«. »Wer wie die FDP in Sachsen für ein Versammlungsgesetz votiert hat, das in diesem Jahr vor Gericht als rechtswidrig kassiert

wurde, und damit selbst Rechtsbruch begangen hat, sollte erst gar nicht versuchen, gegenüber anderen den Vorwurf des Rechts- und Verfassungsbruches zu erheben«. Außerdem sei es »absolut unverständlich«, wieso die FDP Gewalttaten herbeihalluziniere und damit im Endeffekt auch herbeiredet, obwohl dies nirgendwo ein Thema sei, da man sich auf einen gemeinsamen Aktionskonsens geeinigt habe, kritisierte Langer weiter.

## **Bürgerrechtler ermitteln gegen Staat**

### **Neues Deutschland Bewegungsmelder 12.10.2011**

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/208674.bewegungsmelder.html?sstr=dresden>

(nd). Eine zivilgesellschaftliche »Untersuchungskommission 19. Februar« will die staatlichen Verstöße gegen Grundrechte der Bürger im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Dresden aufarbeiten. Bürgerrechtler, Rechtsanwälte, Aktivisten und Landtagsabgeordnete kündigten am Sonntag an, in den kommenden Wochen Fakten zusammenzustellen und aus grundrechtlicher Perspektive zu bewerten. Initiiert wurde die Kommission vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, das seit mehr als 30 Jahren Demonstrationsbeobachtungen durchführt.

Die Organisation wirft Politik und Polizei die Kriminalisierung der Demonstrationen und Sitzblockaden gegen den Naziaufmarsch vor. Kritisch sieht sie auch die Hausdurchsuchungen, Verfahren nach Paragraph 129 und das harte Vorgehen der Polizei gegen antifaschistische Demonstrierende. Eine großangelegte Funkzellenabfrage und der Einsatz der IMSI-Catcher wurde nur durch Recherchen Dritter bekannt.

Die Untersuchungskommission will die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung systematisieren und die Ergebnisse bündeln. Die sächsische Landesregierung wurde in den vergangenen Monaten mehrfach vergeblich aufgefordert, die Aufarbeitung selbst voranzutreiben. Das Grundrechtskomitee nimmt weitere Hinweise auf.

## **Zweifel an Zulässigkeit der Extremismus-Klausel**

Juristen sehen Verstoß gegen Gleichbehandlungsgebot

### **Freie Presse online 11.10.2011 dapd**

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Zweifel-an-Zulaessigkeit-der-Extremismus-Klausel-artikel7785790.php>

Dresden (dapd-lsc). Die umstrittene Demokratieerklärung in Sachsen sorgt weiter für Wirbel. Der juristische Dienst des Landtags bezweifelt in einem am Dienstag in Dresden bekannt gewordenen Gutachten die Zulässigkeit der Klausel. Die Erklärung sei "sachlich nicht gerechtfertigt", um zwischen verschiedenen Antragstellern zu unterscheiden und verstoße gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgebot, heißt es in dem Papier. Grüne und SPD forderten die Landesregierung auf, umgehend auf die auch als Extremismusklausel bekannte Erklärung zu verzichten. Das Innenministerium lehnt dies ab.

Vereine müssen die Klausel unterzeichnen, wenn sie Zuschüsse aus dem Förderprogramm

"Weltoffenes Sachsen" erhalten wollen. Die Grünen, die das Gutachten beantragt hatten, sprachen von einer "heftigen Ohrfeige" für Innenminister Markus Ulbig (CDU). Der Grünen-Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn erklärte, "neben der politischen Absurdität gab es auch immer schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken, die jetzt bestätigt wurden".

Bereits zuvor hatten Juristen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Klausel geäußert. Kritik kommt auch von betroffenen sächsischen Vereinen. Diese sehen sich einem Generalverdacht ausgesetzt.

Das Innenministerium kündigte eine Prüfung des Gutachtens an, will vorerst aber an der Praxis festhalten. Die Erklärung solle verhindern, dass Extremisten und Feinde der Demokratie Fördergelder erhielten, sagte ein Sprecher Ulbigs der Nachrichtenagentur ddpd. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass diejenigen, die für ihre Arbeit Steuergelder erhielten, "auch auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich zu den Werten unserer Demokratie bekennen", fügte er hinzu. "Alles andere wäre absurd."

Sachsen fördert Demokratieprojekte mit Mitteln aus dem Landesprogramm. Dafür stehen nach früheren Angaben in diesem Jahr knapp zwei Millionen Euro zur Verfügung. Der Ministeriumssprecher verwies darauf, dass bislang von rund 100 Projekten zwei die Erklärung nicht unterzeichnet hätten. Die "angebliche Verunsicherung bei den Projektträgern" könne man nicht feststellen. Die Opposition solle aufhören, das erfolgreiche Förderprogramm "öffentlich schlecht zu reden".

Wie die Grünen forderte auch die SPD die CDU/FDP-Regierung auf, die Klausel zu streichen. Der SPD-Abgeordnete Henning Homann sagte, die Betroffenen dürften nicht länger unter Generalverdacht wegen vermeintlich antidemokratischer Umtriebe gestellt werden. "Wir fordern die Staatsregierung auf, das Vertrauensverhältnis zwischen dem Freistaat Sachsen und der engagierten Zivilgesellschaft auf eine neue Grundlage zu stellen." Es sei schon genug Schaden angerichtet worden.

## **Polizei-Razzia: Gericht in Dresden erklärt Behandlung Linker für rechtswidrig**

**LVZ online 11.10.2011 dpa**

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/polizei-razzia-gericht-in-dresden-erklart-behandlung-linker-fuer-rechtswidrig/r-mitteldeutschland-a-109209.html>

Dresden. Die umstrittene Polizeirazzia in Parteibüros der Linken am Rande der Dresdner Neonazi-Demonstrationen vom 19. Februar findet bei Richtern weiter keine Gnade. Nachdem in der Vorwoche die ganze Aktion vom Dresdner Amtsgericht als rechtswidrig eingestuft wurde, monierten die Richter nun auch die polizeiliche Behandlung zweier Parteimitglieder der Linken, teilte die Partei am Dienstag mit.

Ein entsprechender Beschluss (Az: 270 Gs 3587/11 und 270 GS 3588/11) sei der Partei jetzt zugegangen. Die beiden älteren Männer, die ehrenamtlich den Telefon- und Bürodienst in der Parteizentrale erledigten, mussten neben 18 weiteren Personen eine Nacht in einer Zelle verbringen.